

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Auf 14 574 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatslotterieverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Blos in Dresden.

Nr. 51

Dresden, Dienstag, 1. März

1932

Dr. Goerdeler über die Preisüberwachung.

Berlin, 29. Februar.

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, sprach heute abend im Rundfunk über den gegenwärtigen Zustand, die Wirkungen, Hemmungen und noch zu lösenden Aufgaben der Preisüberwachung. Er habe Veranlassung, so betonte der Reichskommissar, sich kritisch zu einigen Punkten zu äußern, die dem erstrebenswerten Zustand einer umfassenden länderlosen und schnellen Durchführung der Preisüberwachung im Interesse der Gesamtwirtschaft noch entgegenstehen. Dazu gehören die durch den Vierpartei in Berlin und Hamburg geschaffene Lage.

Der Reichskommissar ging näher auf die Entwicklung der Preisüberwachung ein und stellte fest, daß auf keinem Gebiete ein Steuerertrag zu einem Erfolge führen könne. Man müsse bedenken, daß die Preisüberwachung zu nichts anderem als zur Erhaltung der Arbeitslosen verwendet werden.

Ursache zu weiterer Besorgnis sei die Erhöhung des Butterpreises. Es bestehe hier aber begründete Hoffnung auf eine baldige Preisbewegung.

Kritisch setzte sich Dr. Goerdeler auch mit der Brotpreisfrage auseinander. Die Aufgaben des Reichskommissars seien hier begrenzt, und es sei für ihn nicht möglich, die Roggenpreise zu senken, weil u. a. sonst der Roggenanbau überhaupt gefährdet sein würde. Jedoch sei es durch entsprechende Maßnahmen der Reichsregierung und des Reichskommissars gelungen, Einfluß auf eine vernünftige und ruhige Gestaltung der Roggen- und Roggenmehlpreise zu gewinnen, der zu Entlassungen führen müsse.

Im großen und ganzen sei eine Senkung des Index um 7 bis 9 Prozent erreicht worden und das sei ein Erfolg, wie er seit der Inflation noch niemals in so kurzer Zeit zu verzeichnen war. Die Regelung der Preise bei Rohmaterialien war besonders schwierige Aufgaben für die Preisüberwachung, die der Meiner darauf hin, daß mit einer weiteren Senkung der Rohmaterialien vorläufig nicht gerechnet werden könne.

Dr. Goerdeler betonte, daß er für die gebundenen Preise weitere Senkungen für notwendig halte. Im Augenblick müßte aber dieser Gesichtspunkt hinter der Notwendigkeit zurücktreten, zunächst einmal in der Gesamtwirtschaft eine Beruhigung eintreten zu lassen.

Der Kommissar berichtet im Reichskabinett über die Brotpreisfrage.

Berlin, 29. Februar.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seinen heutigen Beratungen mit der Brotpreisfrage, über die der Reichskommissar für Preisüberwachung einen eingehenden Bericht erstattete. Er schilderte die von ihm durch Stabilisierung des Brotpreises getroffenen Maßnahmen und legte seinen bestimmten Standpunkt gegenüber einer neuen Brotpreisüberhöhung dar. Beschlüsse wurden vom Kabinett nicht gefaßt.

Übertritt volksparteilicher Vorstandsmitglieder des Berliner Wahlkreises zu den Deutschnationalen.

Berlin, 29. Februar

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit:

Der seit einigen Tagen eingeleitete Übertritt einiger bisheriger Vorstandsmitglieder des Wahlkreises II (Berlin) der Deutschen Volkspartei unter Führung des Stadtverordneten Falz zu den Deutschnationalen ist heute abend erfolgt. Falz hatte die gestrige Sitzung des Reichsausschusses der Partei unter dem Anwesen aller Teilnehmer verlassen müssen, weil er die Hindenburgparole ablehnte. Die in der Erklärung der Kandidaten enthaltenen Motive sind nur vorläufig.

Die Wahlkreisorganisation der Deutschen Volkspartei erleidet durch diesen Schritt keinen Verlust. Eine Verklammerung führender Vertrauensleute der Partei hat stattgefunden und die Wahlkreisleitung einem zuverlässigen Vorstand übertritten.

Die Kundgebung der 3,6 Millionen für Hindenburg.

Berlin, 29. Februar.

Die „Sächsische Zeitung“ gibt eine interessante statistische Übersicht über die bei den Einzeichnungen für Hindenburg erreichten Zahlen, die wir folgen lassen:

Die Gesamtzahl der Einzeichnungen für die Volkswahl für Hindenburg belief sich während der mehrwöchigen Ankündigung der Listen auf 3 600 000.

Von der Gesamtzahl von 3,6 Millionen Einzeichnungen wurden über 3 Millionen von etwa 1100 deutschen Zeitungen aufgebracht, die von 800 bis 900 Städten aus für die Aufstellung der Listen sorgten. Die von den Zeitungen gemeldeten Einzeichnungen verteilen sich nach Ländern wie folgt: Preußen 1 900 000 (davon Berlin etwa 200 000), Bayern 458 000, Baden 212 000, Sachsen 196 000, Württemberg 118 000, die drei Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck zusammen etwa 110 000, Hessen 65 000, die übrigen Länder zusammen etwa 40 000. Der Rest von rund einer halben Million wurde von kleinen Landgemeinden, Verbänden, Ortsausschüssen usw. aufgebracht.

In der Verteilung des Gesamtergebnisses seien ferner die aus verschiedenen Städten gemeldeten Eintragungszahlen angeführt. Nach Berlin mit 260 000 steht an der Spitze Köln mit etwa 125 000; es folgen Hamburg (mit Vorstädten) 95 000, Darmstadt 92 000, Trier 78 000, München 73 000, Breslau 70 000, Leipzig 64 000, Augsburg 62 000, Frankfurt a. M. 57 000, Bonn 53 000, Bamberg 47 000, Dresden 46 000, Koblenz und Mannheim je 42 000, Paderborn 37 000, Stuttgart und Nürnberg je 36 000, Münster 35 000, Ludwigshafen 30 000, Regensburg 28 000, Wiesbaden 22 500, Gießen (mit Oppeln und Rastatt) 20 000.

Diese Zahlen, die jeweils aus den Einzelergebnissen einer oder mehrerer in der betreffenden Stadt für die Einzeichnung tätigen Zeitungen errechnet sind, lassen auf den ersten Blick erkennen, daß hieraus in keiner Weise ein Maßstab für die voraussichtliche Stimmengabe bei der kommenden Reichspräsidentenwahl zu gewinnen ist. So gab es Städte, deren Einzelergebnisse nur einen geringen Hundertsatz der stimmungsberechtigten Einwohner erreichte. Es gab andere Städte, von denen Einzeichnungen in einer Höhe gemeldet wurden, welche die Zahl der gesamten Einwohnerzahl fast erreicht und sogar die der stimmungsberechtigten weit übersteigt. Zum Beispiel meldete eine Zeitung aus Glatz in Schlesien 16 800 Einzeichnungen. Die Stadt selbst hat nur 18 000 Einwohner, wovon etwa 12 000 wahlberechtigt sein dürften. Aus Fulda wurden 21 400 Einzeichnungen gemeldet bei einer Gesamtbevölkerung von 28 000, was knapp 20 000 Wahlberechtigten entspricht.

Mit welcher Begeisterung das geschah, dafür nur eine kleine Anzahl von zahlreichen Beispielen. Schon ein flüchtiger Blick in die Listen zeigt ein erfreuliches, ganz ungewöhnliches Bild: alles Trennende, alle Parteigrenzen im Volk scheitern hier. Man vergesse, daß es Parteien und Klassen gibt, wenn man sieht, wie sich hier alle Städte, Berufe und Schichten vereinen zu der geschlossenen unerschütterlichen Willensgemeinschaft: Hindenburg soll bleiben! Da steht der Bischof neben dem Beamten, Kaufmann und Handwerker, der Fabrikant oder Generaldirektor neben Bauern und Arbeitern, der ehemalige

Landesfürst, der sich die Liste in das Schloß jenseits läßt, neben dem Briefträger aus der kleinen Stadt, der Minister neben dem Amtsgesetzten und dem Pförtner eines Hauses. Einige Zeitungen waren bei der Aufstellung der Unterlagen für die Einzeichnungen übersehen worden. Für sie gibt es keinen langen Verdruß und kein Jögern, sie stellen handgeschriebene Listen auf, um auf alle Fälle dabei sein zu können.

Nicht ohne Mühe ließ man die Schreiben aus Orten des Schwarzwalds und des Riesengebietes, die weitere Listen anforderten, die nur wegen des tiefen Schnees noch nicht herangeschafft werden konnten. Aus dem Saargebiet kommen einige verheerend dorthin gelangte Listen zurück ohne einige Worte tiefen Bedauerns, daß man leider an der Einzeichnung noch nicht teilnehmen dürfte.

Alle Briefe schließen mit der herzlichen und aufrichtigen Hoffnung, dem Kaiser und der nationalen Sache mit dem Auflegen der Listen gebieten zu haben, daß sich Reichspräsident v. Hindenburg auch weiterhin erhalten bleibe. Auf denselben Ton geschickt sind die zahlreichen Zuschriften von Einzelpersonen aus Orten des Inn- und Auslandes, wo keine Einzeichnungslisten zur Verfügung stehen. Auch von dort will man unter allen Umständen die Unterstützung an den Kaiser gelangen lassen. Man hofft, daß ein einfacher Briefbogen oder eine Postkarte genügt, und sagt eideschwurähnliche Versicherungen über Wohlwollen und Stimmbereitschaft hinweg.

Beim Studium all dieser Briefe sieht man mit freudigem Entzücken, welche gewaltige Bewegung die Auflegung der Einzeichnungslisten ausgelöst hat, und man gewinnt die unerschütterliche Überzeugung, daß es keinen anderen Namen gibt, der bis in die äußersten Winkel des deutschen Reiches einen solchen Rausch wie der des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Dies Erkenntnis läßt der kommenden Wahl mit Zuversicht entgegengehen.

Wahlaufruf der Eisernen Front.

Berlin, 29. Februar.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front veröffentlicht unter der Parole „Wir schlagen Hitler!“ folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl:

„Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volksrechte gegen Hitler gefochten.“

Alle Mitglieder der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Brüderberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Reichswehr, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Mag sich Thälmann noch so sehr hüten, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Friedrich überst nicht erreichen. Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt verlor, darum will man ihn vom Thron stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungbruch soll freigegeben werden.

Eiserne Front! Jetzt gilt es zu kämpfen! Hitler muß geschlagen werden! Schlagt Hitler und die falsche Front zerschlagt!

Der Zusammenbruch der Evangelischen Zentralbank.

Berlin, 29. Februar.

In dem Prozeß gegen die Gebrüder Kund aus Anlaß des Zusammenbruchs der Evangelischen Zentralbank wurde die Beweisnahme geschlossen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschloß das Gericht, die Jungen Wehrkreispfarrer Jäger, der dem Ausschuß, und Pfarrer Heutel, der dem Vorstand der Evangelischen Zentralbank angehört, sowie Syndikus Kiepe von der Zentralbank und entgegen dem Antrag der Staatsanwaltschaft Bankdirektor Nimmert von der Deutschen Privatbank, wegen Verdachts der Mitläuferschaft nicht zu verurteilen.

Staatsanwaltschaftsdrat Eichholz beantragte gegen Friedrich Paul Kund unter Verfolgung mildernder Umstände wegen Depotverbrechens und Bilanzverschleierung eine Gesamtkasse von drei Jahren Zuchthaus, gegen Adolf Kund wegen Beihilfe zum Depotverbrechen und wegen Bilanzverschleierung und Betruges gegenüber dem Zentralbankausschuss für Innere Mission eine Gesamtkasse von zwei Jahren acht Monaten Gefängnis, außerdem bei beiden Angeklagten Aufrechterhaltung des Haftbesehs.

Das Schöffengericht verurteilte Friedrich Paul Kund wegen Depotverbrechens und Bilanzverschleierung zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis, Adolf Kund

Die Eisernen Front kämpft! Sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg unter Saule, nicht eines Kamens.

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler! Darum entscheidet sich die Eisernen Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.

Eisernen Front! Vorwärts zum Angriff! Am 13. März wird Hitler geschlagen.“

Aufruf der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 29. Februar.

Reichsausschuss und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei erlassen zur Reichspräsidentenwahl folgenden Aufruf:

„Sieben Jahre steht Reichspräsident von Hindenburg an der Spitze des Reiches. Keiner Vaterlandsliebe und höchsten Pflichtbewusstseins haben ihn dem Rufe der Millionen deutscher Volksgenossen das höchste Amt zu übernehmen, folgen lassen. Nicht im Dienste einer Partei, treu offen seinem Gewissen hat er sein Amt geführt. Liebe und Verehrung des ganzen Volkes hat er sich verdient, die Achtung der Welt hat er dem deutschen Namen erworben.“

Wiederum aus höchster vaterländischer Pflicht stellt sich Hindenburg auf den Ruf von Millionen der besten Deutschen aus allen Kreisen für eine neue Wahlperiode zur Verfügung. Für die Deutsche Volkspartei, die ihn schon 1925 mit auf den Schild gehoben, gibt es keine andere Parole als die unbedingter Treue und Gefolgschaft. Kein Besserer, kein Würdigerer kann das höchste Vertrauenamt des Volkes bekleiden als der ruhmreiche Führer, den heute das einmütige Urteil des Volkes den Vater des Vaterlandes nennt.“

Die Deutsche Volkspartei erhebt als Gegenbeweis gegen die demokratische Parlamentarierherrschaft eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten. Wer dem Reichspräsidenten Bedingungen für die Führung seines Amtes vorschreiben will, schwächt seine verfassungsmäßige Stellung und zieht ihn in die Niederungen des Parteikampfes hinab.

Mit den Kreisen der Rechten steht die Deutsche Volkspartei in Opposition zur gegenwärtigen Reichsregierung. Mit den Unzufriedenen aber, für die Dankbarkeit, Treue und echte Vaterlandsliebe noch härtere Begriffe sind als vortripolitische Interessen, steht sie zum ersten Vorbild für diese Tugenden, zum Feldmarschall v. Hindenburg.

Die Deutsche Volkspartei setzt ihre ganze Kraft ein, um seine Wiederwahl zu erreichen als ein Symbol der Zusammenfassung der Kräfte für die Sicherung des inneren und äußeren Wohlbefindens der deutschen Nation.“

Eine Stahlhelmklärung.

München, 29. Februar.

Das Nachrichtenblatt des Stahlhelm für den Landesverband Bayern „Der Bayerische Stahlhelm“ veröffentlicht eine Erklärung, die besagt, daß die Stahlhelmanhänger den Bundesführer Brüderberg zu wählen haben. Wer gegen diese Wahl in Wort oder Schrift Stimmung mache, sei, so heißt es, daß er kein Vertrauen zur Führung habe und müsse aus dem Stahlhelm ausscheiden.

wegen Beihilfe zu diesen Straftaten sowie wegen Betruges gegenüber dem Zentralbankausschuss für Innere Mission und dem Reich zu zwei Jahren Gefängnis. Die Haftbefehle werden ausrechterhalten.

Gefängnisstrafen wegen Verletzung eines Zeitungsverbots.

Kassel, 29. Februar.

Der Hauptstaatsanwalt Eugen Behmer, der Schriftleiter Wilhelm Ringen und der Buchdruckmeister Müller von der Kasseler nationalsozialistischen „Heißigen Volkswacht“ wurden von dem Schnellrichter wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 6. Oktober 1931 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Den Verurteilten wurde Bewährungsfrist